

böll.brief

**DEMOKRATIE & GESELLSCHAFT #12**

Mai 2019

# Europawahl in Deutschland 2019

Ergebnisse und Analysen

**DR. SEBASTIAN BUKOW**

 **HEINRICH BÖLL STIFTUNG**

Das **böll.brief – Demokratie & Gesellschaft** bietet Analysen, Hintergründe und programmatische Impulse zu Demokratieentwicklung und Politikforschung. Der Fokus liegt auf den Feldern Partizipation, Öffentlichkeit, Digitaler Wandel und Zeitgeschichte. Das **böll.brief** der Abteilung Politische Bildung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung erscheint als E-Paper im Wechsel zu den Themen «Teilhabegesellschaft», «Grüne Ordnungspolitik», «Demokratie & Gesellschaft» und «Öffentliche Räume».

#### **Datengrundlage**

Die Schnellanalyse zur Europawahl 2019 in Deutschland basiert, soweit nicht anders angegeben, auf Vorwahl- und Wahltagsbefragungen von infratest dimap/ARD und Forschungsgruppe Wahlen sowie auf amtlichen Daten des Bundeswahlleiters.

#### **Autor**

Dr. Sebastian U. Bukow leitet das Referat Politik- und Parteienforschung der Heinrich-Böll-Stiftung. Seine Forschungsschwerpunkte sind das politische System der BRD in Europa sowie politische Institutionen im inter- und subnationalen Vergleich. Darüber hinaus ist Sebastian Bukow u.a. als Sprecher der Standing Group Party Research der German Political Science Association (GPSA/DVPW) engagiert sowie Research Fellow am Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung Düsseldorf.

Dieser boell.brief ist unter Mitarbeit von Joschua Helmer und Jana Heyde entstanden – dafür herzlichen Dank!

## **Inhaltsverzeichnis**

1	Zusammenfassung.....	3
2	Wahlergebnis.....	4
	2.1 Stimmverteilung .....	4
	2.2 Sitzverteilung & Repräsentation von Frauen .....	6
3	Politische Stimmung vor der Wahl .....	8
	3.1 Europapolitische Stimmung vor der Wahl: Interessiert, Pro-Europäisch und besorgt.....	8
	3.2 Dynamiken im Wahlkampf .....	11
4	Wahlverhalten.....	13
	4.1 Entscheidungszeitpunkt, Motive, Themen .....	13
	4.2 Soziodemografische Befunde .....	14
	4.3 Regionale Befunde.....	16

# 1 Zusammenfassung

## › Wahlergebnis ‹

Die Europawahl in Deutschland verändert das bundesdeutsche Parteiengefüge. Erstmals liegen **Bündnis 90/Die Grünen** bei einer bundesweiten Wahl vor der SPD und sind damit zweite Kraft (20,5 Prozent; +9,8 Prozentpunkte). Dabei legen die Grünen auch in absoluten Stimmen zu, mit nunmehr fast 7,7 Millionen Stimmen gegenüber rund 4,2 Millionen Zweitstimmen bei der Bundestagswahl oder 3,1 Millionen bei der letzten Europawahl. In der Wählerschaft unter 60 Jahren sind die Grünen stärkste Kraft. Für **Union und SPD** ist es das schlechteste Ergebnis bei einer Europawahl. Bei der Union verliert die CDU deutlich (22,6 Prozent), die CSU mit ihrem Spitzenkandidaten Weber hingegen gewinnt leicht hinzu (6,3 Prozent). Die SPD fällt auf 15,8 Prozent (-11,4 Prozentpunkte). Die **AfD** gewinnt deutlich (11,0 Prozent; +3,9 Prozentpunkte), **Linke und FDP** erzielen Ergebnisse knapp über 5 Prozent (5,5 bzw. 5,4 Prozent). Durch die fehlende Prozenzhürde sind künftig **14 Parteien aus Deutschland im Europaparlament** vertreten. Zudem zeigt sich im Wahlergebnis eine **starke regionale Differenzierung**: Während die Grünen insbesondere in den Städten hinzugewinnen, liegen die Kerngebiete der AfD im strukturschwach-ostdeutschen Raum.

## › Wahlbeteiligung ‹

Der Trend einer steigenden Wahlbeteiligung war auch bei der Europawahl in Deutschland klar erkennbar, noch nie zuvor ist die Beteiligung im Vergleich zur Vorwahl so stark angestiegen (+13,3 Prozentpunkte). Rund 37,8 Millionen der 61,6 Millionen Wahlberechtigten haben an der Wahl teilgenommen, die höchste Beteiligungsquote seit der Wiedervereinigung (61,4 Prozent).

## › Parlament ‹

Das deutsche Wahlergebnis spiegelt nur bedingt die gesamteuropäische Entwicklung. In Deutschland spielen Anti-EU-Parteien eine marginale Rolle, lediglich die AfD erzielt zweistellige Ergebnisse bei dieser Wahl. Die in Deutschland stärkste Kraft CDU/CSU gehört im Europaparlament der ebenfalls stärksten Fraktion (EVP) an, wohingegen die Grünen-Fraktion im Europaparlament voraussichtlich die viertgrößte Fraktion wird – wobei der Wahlerfolg der deutschen Grünen einen entscheidenden Anteil beiträgt. Die deutschen Grünen werden im Europaparlament als größte grüne Partei der EGP-Familie vertreten sein.

## › Politische Stimmung & Wahlmotive ‹

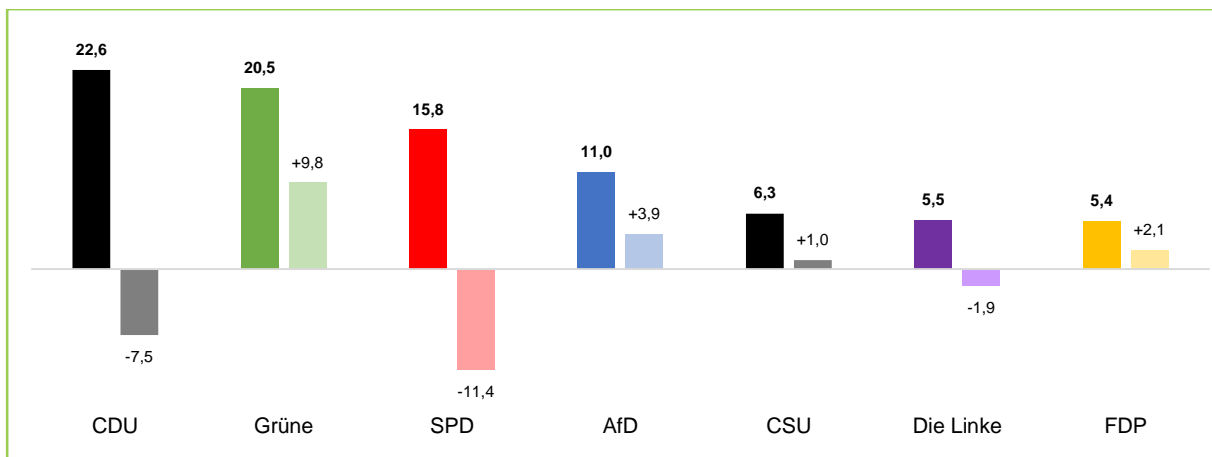
Die Europawahl konnte in Deutschland eine bislang unbekannte Eigenständigkeit erreichen. Nie zuvor spielten europäische Themen eine so wichtige Rolle für die Wahlentscheidung. Dazu kommt, dass die zentralen Themen im Wahlkampf, allen voran die Umwelt- und Klimapolitik, auch von den Wähler/innen als europäisch zu lösende Themen angesehen wurden. Grüne und CDU sind dabei diejenigen Parteien, denen gleichermaßen die höchste Lösungskompetenz für die zentralen Zukunftsfragen zugeschrieben wird. Dazu kommt eine klare Pro-EU-Stimmung in Deutschland. Damit handelt es sich bei der Europawahl 2019 aus deutscher Sicht um eine pro-europäische Wahl, die sich im Rahmen des deutschen Parteienwettbewerbs an internationalen Themen orientiert und zugleich deutliche Rückwirkungen auf die nationale Politik und den nationalen Parteienwettbewerb haben dürfte. Dazu kommt, dass im Wahlkampf maßgebliche Impulse und Zuspitzungen nicht von den Parteien, sondern von individuellen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ausgingen (bspw. Fridays-for-Future, Rezo-Debatte).

## 2 Wahlergebnis

### 2.1 Stimmverteilung

Die Europawahl 2019 verschiebt die Stärkenverhältnisse im deutschen Parteienwettbewerb. Erstmals bei einer bundesweiten Wahl gelingt es den **Grünen**, mit 20,5 Prozent (+9,8 Prozentpunkte) auf den zweiten Platz vorzurücken. Die **SPD** bricht dramatisch ein und erreicht mit 15,8 Prozent (-11,4 Prozentpunkte) ein historisch schlechtes Ergebnis. Ähnlich ergeht es der **CDU**, die im Gegensatz zu ihrer Schwesterpartei CSU deutlich verliert (CDU: 22,6 Prozent; -7,5 Prozentpunkte; CSU: 6,3 Prozent; +1,0 Prozentpunkte). Die **AfD** gewinnt als einzige relevante Anti-EU-Partei in Deutschland hinzu, wohingegen Linke und FDP im Fünf-Prozent-Bereich landen (Abbildung 1). Auffällig und Folge der fehlenden Prozentklausel ist die Situation der Kleinparteien, hier gewinnen mehrere Kleinparteien teilweise deutlich hinzu (Abbildung 3). Die Wahlbeteiligung steigt sprunghaft an, auf nunmehr 61,4 Prozent (+13,3 Prozentpunkte). Dabei dürfte, so wurde vor der Wahl erkennbar, auch der Anteil der Früh- und Briefwähler/innen einmal mehr gestiegen sein.

Abbildung 1: Wahlergebnis Europawahl 2019



Gültige Gesamtstimmenanteile in Prozent sowie Veränderungen zur Europawahl 2014 in Prozentpunkten (gerundet); Datengrundlage: Bundeswahlleiter (vorläufiges Endergebnis).

Die **CDU** verzeichnet das historisch schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte (Abbildung 2), bleibt aber mit 22,6 Prozent noch vor den Grünen, zumal die CSU mit ihrem Spitzenkandidaten Weber leicht hinzugewinnt und so mit 6,3 Prozent die Gesamtunion stärkt. In absoluten Zahlen erzielt die CDU/CSU knapp 10,8 Millionen Stimmen (ca. +411.000 zu 2014).

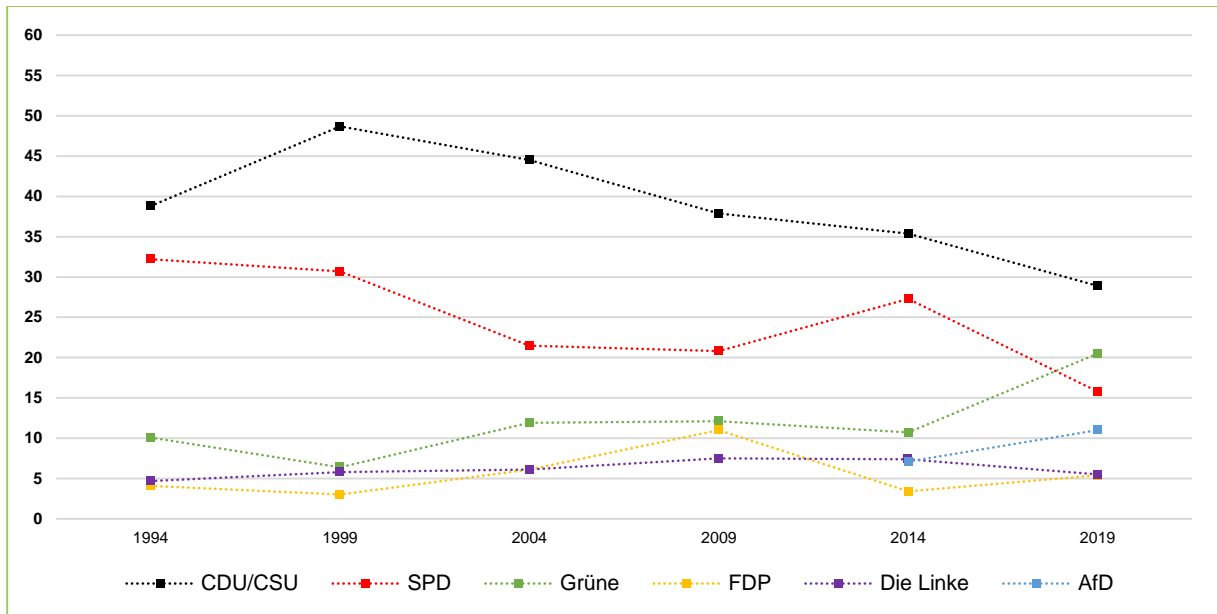
Die **Grünen** erreichen mit 20,5 Prozent ihr bestes Europawahlergebnis und mobilisieren in absoluten Zahlen massive Zugewinne: Insgesamt stimmten 7.675.018 Wähler für die Grünen, rund 4,5 Millionen mehr als vor fünf Jahren und rund 3,5 Millionen mehr als bei der Bundestagswahl 2017 (Zweitstimmen).

Die **SPD** fällt auf einen Europawahl Tiefstand und ist damit erstmals auf Platz drei abgerutscht. 11,4 Prozentpunkte Verlust gehen auch mit massiven Verlusten in absoluten Zahlen einher, die SPD hat rund 2,1 Millionen Wähler/innen verloren und kann nur noch knapp 6 Millionen für sich mobilisieren.

Die **AfD** ist die einzige relevante Anti-EU-Partei in Deutschland und mit 11 Prozent (+3,9 Prozentpunkten) mit Abstand vierte Kraft (ca. 4,1 Millionen Wähler/innen). Antieuropäische Parteien spielen bei dieser Wahl in Deutschland damit eine nachgeordnete Rolle.

Während die **Linke** bei dieser Wahl in relativen Werten deutlich verliert (in absoluten Stimmen nur leicht, -110.000, ca. 2,1 Mio. Wähler/innen), gewinnt die **FDP** deutlich hinzu (um ca. 1 Mio. Stimmen auf ca. 2 Mio. Wähler/innen). Beide Parteien bleiben aber deutlich unter dem jeweiligen Bundestrend.

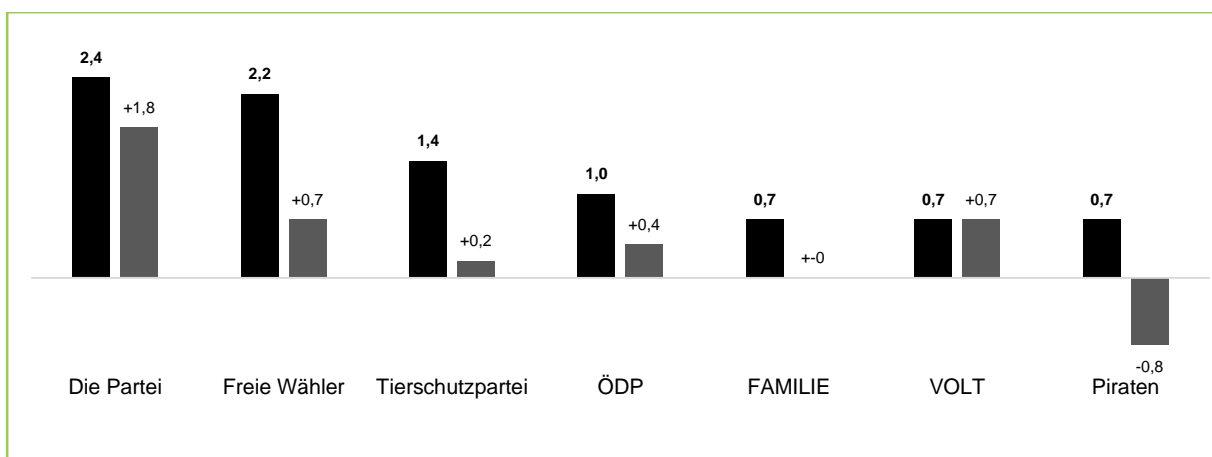
**Abbildung 2: Wahlergebnisse im Zeitverlauf**



Gültige Gesamtstimmenanteile in Prozent; Datengrundlage: wahlrecht.de, Bundeswahlleiter (vorläufiges Endergebnis).

Bemerkenswert sind zudem die Gewinne der **Kleinstparteien**. Von 41 in Deutschland angetretenen Parteien ziehen vierzehn ins Europaparlament ein. Die Kleinstparteien kommen insgesamt auf beachtliche 12,9 Prozent der Stimmen (2014: 8,8 Prozent), am stärksten dabei Die Partei (2,4 Prozent; +1,8 Prozentpunkte).

**Abbildung 3: Wahlergebnis Europawahl 2019 (Kleinstparteien)**



Gültige Gesamtstimmenanteile in Prozent sowie Veränderungen zur Europawahl 2014 in Prozentpunkten (gerundet); Datengrundlage: Bundeswahlleiter (vorläufiges Endergebnis).

## 2.2 Sitzverteilung & Repräsentation von Frauen

Im neuen Europaparlament sind **insgesamt 14 deutsche Parteien** vertreten, neben den Bundestagsparteien CDU, CSU, SPD, AfD, FDP, Linke und Grüne sind dies die Freien Wähler, Die Partei sowie die Piraten, Tierschutzpartei, Familie, ÖDP und Volt. Von den 96 deutschen Parlamentssitzen gehen 29 an CDU/CSU, 21 an die Grünen, 16 an die SPD. Die AfD erhält 11, Linke und FDP je 5 Sitze. Die Kleinstparteien erhalten zusammen 9 Mandate (Tabelle 1). Im gesamteuropäischen Vergleich ist damit das Lager der Pro-Europäischen Parteien deutlich stärker, dies korrespondiert mit der positiven EU-Grundstimmung in Deutschland. Eine zentrale Rolle dürfte den Grünen in der EGP-Fraktion zukommen, die deutschen Grünen sind die stärkste Partei in dieser Fraktion und damit verantwortlich für den Aufwuchs der Fraktion.

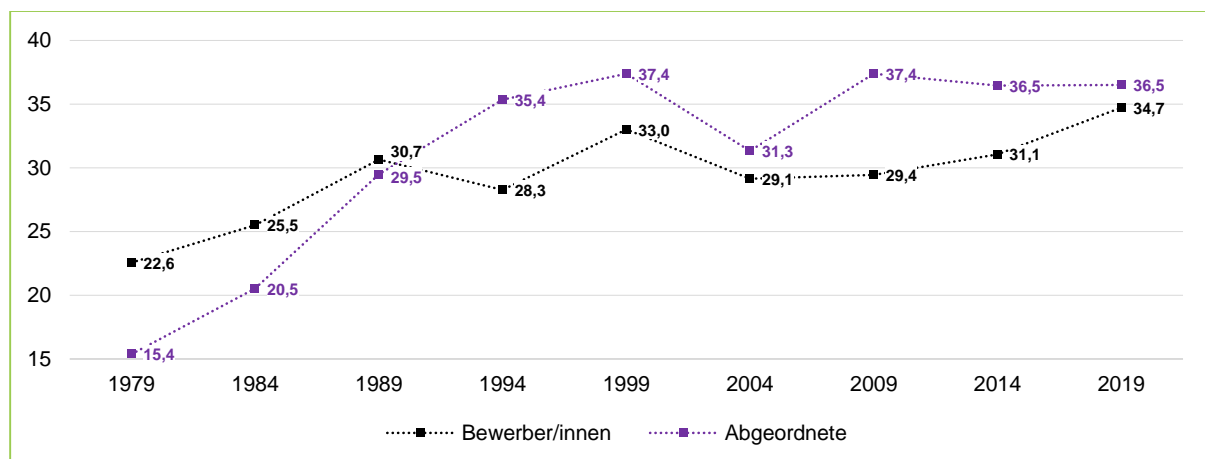
**Tabelle 1: Sitzverteilung**

	Sitze	Gewinn/Verlust
CDU	23	-6
GRÜNE	21	+10
SPD	16	-11
AfD	11	+4
CSU	6	+1
DIE LINKE	5	-2
FDP	5	+2
Die Partei	2	+1
Freie Wähler	2	+1
Tierschutzpartei	1	0
ÖDP	1	0
FAMILIE	1	0
VOLT	1	+1
Piraten	1	0

Datengrundlage: Bundeswahlleiter (vorläufiges Endergebnis).

Neben der Sitzverteilung ist mit Blick auf die **Repräsentation von Frauen** im Parlament die Entwicklung der Frauenanteile zu betrachten. Hier zeigen sich im Vergleich zur vorherigen Wahl keine Unterschiede, erneut sind 36,5 Prozent der deutschen Abgeordneten Frauen.

**Abbildung 4: Frauenanteil**



Frauenanteil Bewerber/innen EP (inkl. Ersatzbewerber/innen) bzw. gewählte Bewerber/innen (in Prozent; bis 1989 ohne vom AGH Berlin gewählte MdEP); Datengrundlage: Bundeswahlleiter.

Der Frauenanteil der gewählten Bewerber/innen ist dabei in etwa auf gleicher Höhe wie der Anteil der Bewerberinnen, hier sind 34,7 Prozent der insgesamt 1380 Bewerber/innen weiblich. Eine paritätische Repräsentation ist damit weiterhin nicht erreicht. Bemerkenswert: Während bei der CSU die Gesamtliste nur mit knapp 33 Prozent Frauen besetzt ist, ist der Frauenanteil der gewählten Bewerber/innen der CSU 50 Prozent. Damit entsenden Linke, Grüne, SPD und CSU im Ergebnis mindestens 50 Prozent weibliche Abgeordnete, wohingegen gerade bei den Kleinstparteien nur Männer entsendet werden, da diese in der Regel den ersten Listenplatz belegen.

**Tabelle 2: Frauenanteil Bewerber/innen und gewählter Bewerber/innen**

	Gesamt	CDU	CSU	Grüne	SPD	Linke	FDP
<b>Bewerber/innen 2019</b>							
<b>Gesamt</b>	1380	200	61	40	152	22	168
<b>davon Frauen</b>	479	88	20	21	74	11	33
<b>Frauenanteil</b>	34,7%	44,0%	32,8%	52,5%	48,7%	50,0%	19,6%
<b>Gewählte Bewerber/innen 2019</b>							
<b>Gesamt</b>	96	23	6	21	16	5	5
<b>davon Frauen</b>	35	5	3	11	8	3	2
<b>Frauenanteil</b>	36,5%	21,7%	50,0%	52,4%	50,0%	60,0%	40,0%

	Die Partei	ÖDP	AfD	Tier- schutzp.	Familie	Piraten	Freie Wähler	Volt
<b>Bewerber/innen 2019</b>								
<b>Gesamt</b>	143	96	30	12	10	9	25	26
<b>davon Frauen</b>	47	21	5	6	0	1	8	10
<b>Frauenanteil</b>	32,9%	21,9%	16,7%	50,0%	0,0%	11,1%	32,0%	38,5%
<b>Gewählte Bewerber/innen 2019</b>								
<b>Gesamt</b>	2	1	11	1	1	1	2	1
<b>davon Frauen</b>	0	0	2	0	0	0	1	0
<b>Frauenanteil</b>	0,0%	0,0%	18,2%	0,0%	0,0%	0,0%	50,0%	0,0%

Bewerber/innen und gewählte Bewerber/innen (absolut; Frauenanteil in Prozent) für im EP vertretene Parteien, Wahl 2019; eigene Berechnung; Datengrundlage: Bundeswahlleiter.

## 3 Politische Stimmung vor der Wahl

### 3.1 Europapolitische Stimmung vor der Wahl: Interessiert, Pro-Europäisch und besorgt

Europawahlen galten bislang als Nebenwahlen. Das Interesse am Europaparlament als vermeintlichem „Parlament zweiter Klasse“ war eher gering, ebenso das Interesse am Europawahlkampf und die tatsächliche Wahlbeteiligung, gerade im Vergleich zu nationalen Wahlen. Doch die Einschätzung der Bedeutung des Europaparlaments hat sich in Deutschland ebenso geändert wie das mediale und gesellschaftliche Interesse an Europa, an der EU und an der Wahlkampf-Berichterstattung. Durch die europäischen und internationalen Entwicklungen der vergangenen Jahre hat das **Interesse an der EU** und damit am Europäischen Parlament zugenommen. Die Debatten zwischen EU-Befürworter/innen wie EU-Kritiker/innen, das Aufkommen pro-europäischer oder (rechts-)populistischer, anti-europäischer Gruppen und Parteien haben nicht nur den Parteienwettbewerb in den europäischen Ländern verändert. Auch das Bewusstsein für die Bedeutung der EU hat sich im Zuge der Brexit-Debatte, des Erstarkens des Nationalismus und den damit verbundenen Auseinandersetzungen um die Verteidigung der freiheitlichen Demokratie in Europa verändert.

Im deutschen Kontext sind u.a. die Pulse-of-Europe- und die Fridays-for-Future-Aktionen zu nennen (u.a. auch die großen, mit Wahlaufrufen verbundenen Demonstrationen am Freitag vor der Wahl), aber auch politische Debatten auf europäischer Ebene (u.a. zum digitalen Urheberrecht), kurzum: Die EU steht auf der Agenda wie lange nicht mehr. Diese Präsenz spiegelt sich auch in der medialen Berichterstattung im Vorfeld der Wahl und geht mit einem stark gestiegenen Interesse an der EP-Wahl einher. Dazu kommen – auch dies ein eher neues Phänomen - zahlreiche Pro-Europawahl-Kampagnen von Unternehmen. Knapp zwei Wochen vor der Europawahl interessiert sich so eine deutliche Mehrheit der Bürger/innen in Deutschland (sehr) stark für die Wahl (Politbarometer: 56 Prozent, +18 Prozentpunkte im Vergleich zu 2014; Europatrend: 63 Prozent, +22 Prozentpunkte im Vergleich zu 2014<sup>1</sup>), in der Wahlwoche ist das Interesse nochmals höher (69 Prozent (sehr) stark interessiert, 2014: 48 Prozent; infratest dimap Vorwahlbefragung). Bemerkenswert ist dabei: Es handelt sich keineswegs um ein Phänomen bestimmter Altersgruppen, sondern um ein **generationenübergreifend starkes Interesse an der Europawahl**. Lediglich die Gruppe der 35-49jährigen zeigt im Vergleich ein etwas geringeres Interesse (Europatrend), was in dieser Altersgruppe jedoch durchaus üblich ist. Mit diesem gestiegenen Interesse geht eine erneut stark gestiegene Nachfrage nach der Früh- bzw. Briefwahl einher.<sup>2</sup>

Das Interesse an der Europawahl ist in Deutschland nicht nur von den europabezogenen Debatten der letzten Jahre getrieben – auch spielen **europäische Themen eine zentrale Rolle für die Wahlentscheidung** der Bürger/innen in Deutschland. Erstmals sind europäische Themen wichtiger für die Entscheidungsfindung als bundespolitische Überlegungen (bzw. gleichbedeutend, je nach Umfrage; Politbarometer: Europapolitik wichtiger 58 Prozent, Bundespolitik 38 Prozent; Politbarometer; infratest dimap Exit Poll 46 zu 46 Prozent Europa-/Bundespolitik). Den Europawahlen kommt damit zwar aus Bürgersicht noch immer nicht die gleiche Bedeutung wie nationalen Wahlen zu, die Wahl ist aber in diesem Jahr gerade in Deutschland von herausragender Sichtbarkeit und bietet zudem das Potential nationaler Rückwirkungen (etwa durch das Ergebnis der SPD i.V.m. den Landtagswahlen in Bremen). Letztere stehen für die interessierten Bürger/innen jedoch nicht im Vordergrund, deren Aufmerksamkeit richtet

<sup>1</sup> Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer Extra 05/2019; Erhebungszeitraum 14.-16. Mai 2019; zitiert als Politbarometer; Infratest dimap: Europatrend Mai 2019; Erhebungszeitraum: 14.-15. Mai; zitiert als Europatrend.

<sup>2</sup> Was bspw. der Bundeswahlleiter durchaus kritisch sieht, vgl. u.a. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.05.2019, Bundeswahlleiter sieht steigende Briefwählerzahl skeptisch, <https://www.faz.net/hzv-9n6k0>.



sich am Wahlsonntag vor allem auf die künftigen Mehrheitsverhältnisse im Europaparlament (54 Prozent, infratest dimap Vorwahlbefragung).

Das Interesse an der Europawahl basiert dabei in Deutschland nicht vorrangig auf einer EU-skeptischen Haltung: Die Europawahl ist **in Deutschland keine Anti-EU-Wahl**. Im Gegenteil, die Bewertung der EU-Mitgliedschaft ist in Deutschland ungewöhnlich positiv (Politbarometer). Über die Hälfte der Befragten findet kurz vor der Wahl, dass die EU der Bevölkerung eher Vorteile bringt, wohingegen nur jede/r zehnte ausschließlich Nachteile sieht (eher Vorteile: 55 Prozent; Vor- und Nachteile: 32 Prozent; eher Nachteile: 10 Prozent; Politbarometer). Damit ist die Zustimmung nicht nur mehr als doppelt so hoch wie im Langfristmittel der Politbarometer-Messung seit 1992, sondern auch mit Blick auf einige andere EU-Länder, in denen antieuropäische Parteien massiven Zulauf erhalten, sehr positiv. Die EU ist damit in Deutschland nicht nur als politische Ebene ungewohnt präsent, sondern ebenso ungewöhnlich positiv bewertet. Ursächlich für diese sehr positive Entwicklung ist die Brexit-Debatte. Seit dem Brexit-Referendum im Juni 2016 bewegt sich die Zustimmung zur Einschätzung „EU-Mitgliedschaft als Vorteil“ auf insgesamt klar höherem Niveau als zuvor (Deutschlandtrend April).

Auffällig ist, dass **keine ausgeprägte Polarisierung im deutschen Europawahlkampf** zu verzeichnen ist. Ursächlich dafür dürfte u.a. sein, dass sich die insgesamt EU-freundliche Grundhaltung in der Bürgerschaft auch in den etablierten Parteien von Union bis Linke spiegelt und Detailkontroversen nur teilweise in diesem Wahlkampf thematisiert wurden. So folgt das vertikal integrierte deutsche EP-Parteienangebot im Kern den deutschen Parteienwettbewerbsmustern, wobei wahlrechtsbedingt mehr Kleinstparteien in das Parlament einziehen. Echte Kontroversen um die grundsätzliche Neugestaltung oder gar Abschaffung der EU dringen im Wahlkampf nicht durch. Von den größeren, wettbewerbsrelevanten Parteien stellt lediglich die AfD mit ihrer Anti-EU-Position einen grundsätzlichen Gegenpol dar. Nur die Anhänger/innen der AfD sehen vor allem Nachteile in der deutschen EU-Mitgliedschaft (eher Nachteile: 41 Prozent; eher Vorteile: 26 Prozent; Politbarometer; vgl. zudem infratest dimap, Tabelle 3). In diese Stimmungslage passt der Befund, dass die Anhänger/innen aller relevanten Parteien mit Ausnahme der AfD ganz überwiegend eine stärkere Vergemeinschaftung der EU begrüßen würden, allen Voran die Anhänger/innen von Linke und SPD, aber auch von Grünen sowie FDP und CDU/CSU (Politbarometer; infratest dimap Vorwahlbefragung; abweichend Europatrend: hier votieren 28 Prozent der Linken-Anhänger/innen, 42 Prozent der FDP- und „nur“ 74 Prozent der AfD-Anhänger/innen dafür, dass die europäischen Länder künftig wieder stärker alleine handeln sollen<sup>3</sup>). Doch auch hier zeigt die Brexit-Debatte Wirkung, so hat die AfD im Wahlkampf die „Dexit-Debatte“ um einen EU-Ausstieg Deutschlands nicht zuletzt wegen unterschiedlicher Einstellungen in ihrer Wählerschaft nicht weiter betont, sondern andere Themen in den Vordergrund gestellt.<sup>4</sup>

Die grundsätzliche Zustimmung zur EU darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Mehrheit im Land **mit der politischen Praxis in der EU unzufrieden** ist. Lediglich 35 Prozent sind zufrieden, 58 Prozent hingegen unzufrieden (Politbarometer; auch hier AfD: 96 Prozent unzufrieden). Es steht außer Frage, dass die dahinterliegenden Gründe für die Unzufriedenheit höchst unterschiedlich sein dürften, dass also bspw. sowohl der Wunsch nach mehr Vergemeinschaftung oder aber einer Renationalisierung der Politik hinter dieser Unzufriedenheit steht. Das heißt aber auch: Diese Unzufriedenheit mit der realen Situation der EU in Verbindung mit dem außergewöhnlich starken Interesse an der EU als politischem Akteur bietet das Potential, über konkrete Reformbedarfe zu streiten. Im Wahlkampf dominierte, so der erste

<sup>3</sup> Diese starke Abweichung in beiden Befragungen kann zum einen mit den im Detail unterschiedlichen Frageformulierung zusammenhängen, zum anderen aber – etwa bei der Linken – auch der innerparteilich klaren Spaltung der Partei geschuldet sein, wie sie jüngst beim Bonner Europaparteitag der Linken deutlich wurde.

<sup>4</sup> Sie ließ zudem ihre Position in der Voting-Advice-Application „Wahl-O-Mat“ ändern, dazu u.a. Markus Wehner (FAZ): AfD in der Defensive, 15.05.2019, <https://www.faz.net/-hz7-9my4t>.

Eindruck, dahingegen das deutlich überzogene Narrativ der „Schicksalswahl“ – inwieweit Einzelthemen tatsächlich im Detail Gegenstand des Wahlkampfes waren, müssen spätere Analysen zeigen. Dass die deutsche Bevölkerung bei europäischen Policy-Inhalten durchaus kontroverse Positionen vertritt, zeigt sich hingegen schon in Vorwahlbefragungen deutlich. Für Meinungsverschiedenheiten sorgen etwa Pläne für EU-einheitliche Steuerregelungen wie die Einführung einer europaweiten CO<sub>2</sub>-Steuer (pro: 45, contra: 52 Prozent; infratest dimap Vorwahlbefragung) oder einer einheitlichen Mindestbesteuerung für Unternehmen (pro: 54, contra: 40 Prozent; infratest dimap Vorwahlbefragung). Ebenfalls umstritten ist der Schutz der EU-Außengrenzen, auch hier ist die Bevölkerung zwischen „ausreichend“ und „defizitär“ gespalten (infratest dimap Vorwahlbefragung).

Bemerkenswert und Ausdruck einer stärker ausgeprägten **europäischen Perspektive im deutschen Wahlkampf** ist die Wahrnehmung von Deutschland im europäischen Kontext. Denn während in Deutschland Anti-EU-Parteien eine Nebenrolle spielen, stellt sich die Lage in vielen Ländern Europas anders dar. Anti-EU-Populisten von links, vor allem aber von rechts, erhalten massiven Zulauf. Diese Problemlage wird nicht nur mit Blick auf das künftige Gesamtparlament medial stark diskutiert, sondern auch im Vorfeld der Wahl von der Bevölkerung mit Besorgnis wahrgenommen. Vier von fünf Befragten sehen das sich abzeichnende Abschneiden von **europakritischen, populistischen und rechten Parteien als großes Problem** für die Zukunft der EU (Problem: 78 Prozent (2019) bzw. 65 Prozent (2014); Politbarometer). Allerdings: Nur zehn Prozent werten dieses Phänomen als eines der wichtigsten Probleme (Politbarometer). Das heißt: Während die deutsche Bevölkerung ganz überwiegend insgesamt EU-befürwortend ist, sieht sie durch Anti-EU-Populisten die gesamteuropäische Zukunft zumindest latent bedroht. Dabei werden die mangelnde Einheit der EU-Mitgliedsstaaten, Fragen der Flüchtlings- und Migrationspolitik sowie Klimawandel/Umwelt als **zentrale Probleme in der EU** gesehen (27, 26 bzw. 20 Prozent; Politbarometer).

Die als zentrale Herausforderung für die EU erachteten Themen sind allerdings nur zum Teil für die individuelle Wahlentscheidung maßgeblich. Ein **wahlentscheidendes Thema**, das sich zudem vom Valenz-Issue zu einem Salienz-Issue (d.h. von der Abwägung mehr/weniger zur Alternative pro/contra) zu entwickeln scheint, ist die **Klima- und Umweltpolitik**. Kein anderes Thema ist für die Wahlentscheidung im Vorfeld der Wahl wichtiger in Deutschland (Umweltpolitik für 48 Prozent ein wahlentscheidendes Thema; Europatrend), und bei keinem anderen Thema wird eine europäische Lösung als erforderlicher erachtet (Klimapolitik eher auf europäischer Ebene lösen, Zustimmung 88 Prozent; Deutschlandtrend April). Dazu kommt eine hohe mediale Aufmerksamkeit, eine hohe gesellschaftliche Mobilisierung (u.a. Fridays-for-Future) und die breit geteilte Einschätzung, dass gerade beim Klimaschutz ein sehr großer Handlungsbedarf besteht. Letzteres sehen vor allem und wenig überraschend Anhänger/innen der Grünen (sehr groß/groß: 97 Prozent; Deutschlandtrend Mai), wohingegen insbesondere AfD-Anhänger/innen keinen Handlungsbedarf sehen (wenig/gar kein Bedarf: 55 Prozent). Diese Themenkonjunktur hilft den Grünen, die sich im bundes- und europapolitischen Trend auf hohem Niveau halten. Die Grünen sind diejenige Partei, der traditionell die größte umweltpolitische Kompetenz zugeschrieben wird. Es überrascht also nicht, dass rund 40 Prozent der Befragten die Bekämpfung des Klimawandels am besten bei den Grünen aufgehoben sehen (Deutschlandtrend Mai). Noch wichtiger ist dieses Thema für die Grünen-Anhänger/innen, für 88 Prozent ist die Umweltpolitik sehr wichtig für die Wahlentscheidung bei der Europawahl (Europatrend).

Gleichwohl beschäftigt nicht nur die **Umwelt- und Klimapolitik** die potentiellen Wähler/innen bei ihrer Entscheidungsfindung: weitere wichtige Themen sind Fragen der sozialen Sicherheit (43 Prozent), der Friedenssicherung (35 Prozent) sowie, mit geringerer Bedeutung, die Aspekte Zuwanderung, Wirtschaftswachstum und Währungsstabilität (dabei sind Mehrfachnen-

nungen möglich). Es sind also durchweg europäisch geprägte Themen, die für die Wahlscheidung bedeutsam sind. Dabei unterscheiden sie die Themenprioritäten zwischen den Parteianhänger/innen: Während für die Grünen-Anhänger/innen die Umwelt dominiert (88 Prozent), ist für bei der Linken die soziale Sicherheit ebenso klar dominant wie bei der AfD die Zuwanderungsfrage (jeweils 69 Prozent). Bei der FDP-Anhängerschaft spielt das Wirtschaftswachstum eine zentrale Rolle, wohingegen bei SPD und CDU/CSU die Präferenzen in der Anhängerschaft breiter gestreut sind (SPD: soziale Sicherheit und Umwelt/Klimaschutz, 50 bzw. 47 Prozent; CDU/CSU: Friedenssicherung 49 Prozent, Umwelt-/Klimaschutz 41 Prozent; Europatrend). Die für die möglichen Wähler/innen jeweils wichtigen Themen stehen damit durchaus in enger Verbindung zu den bekannten, tradierten Kompetenzzuschreibungen für die einzelnen Parteien – auch dies Ausdruck eines vertikal integrierten Parteiensystems, bei dem die Wähler/innen europäische Themen adressieren, diese aber mit ihren nationalen Parteiprägungen verbinden.

### 3.2 Dynamiken im Wahlkampf

Der Europawahlkampf ist in Deutschland aus den oben skizzierten Gründen alles in allem wenig polarisiert. Dennoch zeichnet sich der Wahlkampf 2019 durch eine intensive Berichterstattung, eine enge Verbindung zu Themen der nationalen Politik und eine vor allem *in der Schlusswoche überraschende Dynamik* aus. Die dargestellte hohe Relevanz der Umweltpolitik ist ein schon länger andauerndes Phänomen im deutschen Parteienwettbewerb, das den zuvor dominanten Konflikt um die Zuwanderung abgelöst hat. Dazu haben insbesondere die medial sehr erfolgreichen Fridays-for-Future-Demonstrationen beigetragen, zumal während der in Europa laufenden Wahl unmittelbar (in Deutschland kurz vor der Wahl) zum zweiten Mal ein globaler Fridays-for-Future-Protesttag stattfand, der auch in Deutschland auf sehr große Resonanz stieß, sowohl was die Teilnahme als auch die Berichterstattung betrifft.

Ein weitere, wenngleich eher für v.a. jüngere Wähler/innen relevante Thema, dürfte der Bereich Netzpolitik sein. Dieses sonst eher weniger präsente Themenfeld war in den Monaten vor der Wahl von sehr hoher Relevanz: Die Verabschiedung der *EU-Urheberrechtsrichtlinie* rief großen Protest von v.a. Jugendlichen und jungen Erwachsenen hervor und dürfte so im Vorfeld der Wahl zu einer ersten Mobilisierung gerade jüngerer Wähler/innen beigetragen haben. Auch dadurch, dass der zuständige Berichterstatter im Parlament ein deutscher EVP-Abgeordneter ist, richtete sich der Protest in diesem Themenfeld vor allem gegen CDU/CSU, aber auch gegen die mitregierende SPD – ein fruchtbarer Boden für die im Wahlkampfendspurt erkennbaren Protestaktionen der jungen Onliner gegen ebendiese Parteien.

Bemerkenswert ist dabei, dass die *Verschränkung von online- und offline-Mobilisierung* und Formaten eine neue Dimension im Wahlkampf erreicht hat. Neben den (online vernetzten und realweltlich präsenten) Fridays-for-Future-Demonstrationen prägte vor allem die Anti-CDU-Polemik des Youtubers „Rezo“ den deutschen Wahlkampfendspurt. In einem knapp einstündigen Video rief er zum Boykott der CDU/CSU, aber auch der SPD und AfD auf. Das – in seiner Machart durchaus umstrittene<sup>5</sup> – Video wurde dabei nicht nur online millionenfach aufgerufen, sondern prägte auch in den letzten Tagen vor der Wahl die Berichterstattung in den traditionellen Medien. Die Berichterstattung fokussierte dabei ebenfalls vor allem auf die klimapolitischen Thesen des Youtubers, dazu kam kurz vor der Wahl eine gemeinsame Videobotschaft verschiedener Influencer, die sich der Kernforderung (nicht CDU/CSU, SPD oder AfD zu wählen) angeschlossen haben. Die Videointervention wurde ebenfalls in vielfältiger Weise bei den Fridays-for-Future-Demonstrationen aufgegriffen. Neben der inhaltlichen Kont-

---

<sup>5</sup> Vgl. bspw. Ann-Kathrin Büüscher, Die Selbstzerstörung der CDU, 23.05.2019, [https://www.deutschlandfunk.de/reaktion-auf-rezo-video-die-selbstzerstoerung-der-cdu.720.de.html?dram:article\\_id=449593](https://www.deutschlandfunk.de/reaktion-auf-rezo-video-die-selbstzerstoerung-der-cdu.720.de.html?dram:article_id=449593); Jasper von Altenbockum (FAZ): Zerstörerisch, 24.05.2019, <https://www.faz.net/-gpg-9nayd>.

reverse zeigt sich hier vor allem die weitreichende Herausforderung einer gewandelten politisch-digitalen Öffentlichkeit. So gelang es der CDU nicht, im Wahlkampfendspurt eine strategisch-kommunikative Antwort auf diesen Frontalangriff, der nicht nur bei jungen Wähler/innen deutlich wahrgenommen wurde, zu finden. Darüber hinaus zeigt dieser Fall, dass gerade ein individueller Kommentar und nicht etwa ein harter Angriff eines politischen Mitbewerbers den Wahlkampfendspurt dramatisch dynamisiert hat – auch dies Ausdruck einer veränderten politischen Kommunikationslandschaft, aber auch eines neuen Politikverständnisses, das auch nach der Wahl noch für Debatten sorgen dürfte.

Neben diesen parteiübergreifenden Dynamiken im Wahlkampfendspurt sind auch **problematische Situation im Wahlkampf für einzelne Parteien** zu verzeichnen. Mit etwas Abstand vor der Wahl ist etwa der FDP-Parteitag zu nennen, bei der es der **FDP** nicht gelang, geschlossen in den Wahlkampf zu starten. Vielmehr missglückte der Auftakt, da die EP-Spitzenkandidatin und vorherige Generalsekretärin Nicola Beer mit lediglich 58,6 Prozent der Delegiertenstimmen in den Bundesvorstand der Partei gewählt wurde. Für die **AfD** hingegen dürfte die kurz vor der Europawahl eskalierte Regierungskrise in Österreich, ausgelöst durch den so genannten „Ibiza-Skandal“ um den FPÖ-Politiker und Vizekanzler Heinz-Christian Strache, besonders fordernd gewesen sein. Nicht nur, dass die AfD eine Fraktionsgemeinschaft mit ihrer Partnerpartei FPÖ im Europäischen Parlament anstrebt – auch die jüngsten Parteienfinanzierungsskandale der AfD gerieten so wieder stärker in die mediale Öffentlichkeit. Diese über die **europäischen Parteienfamilien nach Deutschland ausstrahlende Krisen** betreffen in diesem Wahlkampf aber nicht nur die AfD: Auch die **CDU/CSU** gerät durch die überraschende Regierungskrise in Schwierigkeiten, vor allem aber belastet die (nunmehr suspendierte) ungarische EVP-Mitgliedspartei Fidesz mit Regierungschef Viktor Orbán die CDU/CSU-Kampagne mit Spitzenkandidat Weber. Ähnlich die Lage der deutschen SPE-Mitgliedspartei **SPD**, hier belastet die u.a. mit Korruptionsvorwürfen konfrontierte rumänische PSD unter Liviu Dragnea – wengleich in Deutschland weit weniger beachtet – den Wahlkampf.

Aufgrund der Kurzfristigkeit der Rezo-Videointervention sowie der Ibiza-Krise lassen sich jedoch direkte Auswirkungen auf das Wahlverhalten nicht präzise messen. Festzuhalten ist aber, dass in diesem Wahlkampf gerade in den letzten Tagen noch einmal Bewegung an verschiedenen Stellen aufgekommen ist. Was nicht zuletzt deshalb bedeutsam sein dürfte, da knapp 40 Prozent der potentiellen Wähler/innen erst am Wahltag selbst oder unmittelbar davor ihre Wahlentscheidung getroffen haben (Tabelle 3).

## 4 Wahlverhalten

### 4.1 Entscheidungszeitpunkt, Motive, Themen

Die Entscheidung für oder gegen eine Partei basiert auf komplexen individuellen Abwägungen.<sup>6</sup> Eine Wahl aus Überzeugung (für ebendiese Partei) kann positiv verstanden werden, wohingegen eine Wahl aus Enttäuschung (mit Blick auf die anderen Parteien) auf Protestwahlverhalten hindeutet. In der Gesamtbetrachtung zeigt sich, dass die überwiegende Mehrheit der Wähler/innen ihre Partei aus Überzeugung wählt, nur die AfD sammelt überwiegend Wähler/innen aus Enttäuschung (Tabelle 3). Ebenfalls zeigt sich in der Tabelle wie bereits oben diskutiert, dass die Wähler/innen bei dieser Europawahl zu großen Teilen aus **europapolitischen Gründen** ihre Wahl getroffen haben. Gleichwohl bleibt ein Anteil an Wähler/innen, die auch bei dieser Wahl die Bundespolitik vor Augen haben – was jedoch mit Blick auf das verschränkte Parteienangebot und die ebenfalls verschränkte Themensetzung weder überrascht noch als rein nationale Entscheidungsgrundlage zu deuten sein dürfte. Ebenfalls bemerkenswert, gerade mit Blick auf die Dynamik der letzten Wahlkampfwoche, ist der Anteil der **Spätentscheider/innen**, der in der Summe deutlich über dem Wert für die letzte Bundestagswahl liegt. Bei Union und Grünen fiel die Wahlentscheidung eher früh. Fast die Hälfte der Unionswähler/innen gibt an, sich bereits vor längerer Zeit festgelegt zu haben (bzw. ist Stammwähler/in). Ähnlich das Bild bei den Grünen, hier haben sich vier von zehn nach eigener Aussage bereits vor längerer Zeit festgelegt. Damit legten sich die Grünen-Wähler/innen ähnlich wie der Durchschnitt der deutschen Europawähler/innen fest, im Vergleich zur Europawahl 2014 ist der Anteil der „grünen“ Spätentscheider/innen aber deutlich zurückgegangen.

**Tabelle 3: Motive und Zeitpunkt der Wahlentscheidung**

<b>Motive der Wahlentscheidung</b>														
	Gesamt		CDU/CSU		SPD		Grüne		Linke		AfD		FDP	
<b>Wahl aus...</b>														
Überzeugung	66	-1	79	+1	73	+1	71	+5	61	+6	37	+4	57	-13
Enttäuschung	29	+1	15	-2	22	0	25	-4	34	-6	59	-1	38	+13
<b>Wahl wegen...</b>														
Bundespolitik	47	-7	51	-14	42	-9	42	-1	51	-3	61	+15	47	+1
Europapolitik	45	+6	41	+12	51	+8	51	-1	40	+1	27	-20	45	-3
<b>Haltung zur EU-Mitgliedschaft</b>														
<b>Mitgliedschaft bringt Deutschland..</b>														
eher Vorteile	63	+17	70	+22	70	+17	82	+24	56	+23	15	+4	61	-3
eher Nachteile	9	-7	4	-8	6	-6	2	-6	7	-16	42	-3	7	-4
beides gleich	24	-11	22	-13	20	-13	14	-18	33	-7	39	-2	29	+7
<b>Zeitpunkt der Wahlentscheidung</b>														
<b>Entscheidung...</b>														
am Wahltag	18	-1	16	-3	19	+2	13	-6	19	+1	16	+2	22	0
letzte Tage	19	-2	16	-3	20	-1	23	-3	19	+3	10	-8	23	+3
<i>Spätentscheider/innen</i>	37	-3	32	-6	39	+1	36	-9	38	+4	26	-6	45	+3
letzte Wochen	21	+1	19	0	18	-3	26	+5	19	0	17	-6	19	-5
vor längerer Zeit	31	+4	32	+5	28	+2	31	+6	33	+1	50	+7	28	+5
immer gleich	9	-2	14	0	13	0	7	-1	8	-5	6	+5	7	-2

Angaben in Prozent; Grün: Differenz zu 2014 in Prozentpunkten; Fragen: Haben Sie Ihre Partei gewählt, weil Sie von ihr überzeugt sind / von anderen enttäuscht sind? Was hat bei Ihrer Wahl die entscheidende Rolle gespielt? Deutschland hat von der EU-Mitgliedschaft... Wann haben Sie Ihre Wahlentscheidung zur Europawahl getroffen? Quelle: ARD/infratest dimap Exit Poll.

<sup>6</sup> Methodischer Hinweis: Datenbasis für die Analyse zum Wahlverhalten ist, soweit nicht anders angegeben, die Exit Poll von infratest dimap (Stand 27.05.2019). In 400 repräsentativ ausgewählten Wahllokalen wurden am 26. Mai von insgesamt 55.319 Wähler/innen Informationen zum Stimmverhalten, Alter und Geschlecht aufgenommen, von 8.776 Wähler/innen darüber hinaus weitergehende sozialstrukturelle und inhaltliche Merkmale. Um Amts- und Briefwähler/innen berücksichtigen und Aussagen über die Wählergesamtheit treffen zu können, sind die Wählerdaten der Exit Poll nach dem amtlichen Endergebnis gewichtet. Im Ergebnis ergibt sich ein repräsentatives Bild für die Gesamtwählerschaft wie die Wählerschaften der einzelnen Parteien.

## 4.2 Soziodemografische Befunde

Das Wahlverhalten in den unterschiedlichen **Altersgruppen** unterscheidet sich bei dieser Wahl sehr deutlich. Zwar deutete sich ein offener Generationenkonflikt in den Wochen vor der Wahl bereits an, es war jedoch nicht ausgemacht, dass er sich derart deutlich in den Ergebnissen niederschlagen würde. Die im Vorfeld der Wahl aktiven zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüsse (u.a. Fridays-for-Future, der Protest gegen die EU-Urheberrechtslinie, Rezo-Debatte) haben diesen Generationenkonflikt befeuert. Diese inhaltliche und organisatorische Zuspitzung eines Generationenkonflikts findet ihre Entsprechung in der zunehmenden strukturellen Verankerung des Wahlverhaltens in den verschiedenen Altersgruppen. Erstmals werden die **Grünen in der Wählergruppe bis 59 Jahre mit rund 25 Prozent stärkste Partei** (Union ca. 22 Prozent; FGW Wahlberichterstattung). Nur dank der **Wähler/innen 60+ ist die Union insgesamt stärkste Kraft**, sie zehrt von den rund 40 Prozent der Stimmen in dieser Altersklasse und kann sich damit den „Gesamtsieg“ sichern. Zusammenfassend stützen sich also Union (und SPD) auf die Wähler/innen 60+, während die Grünen im Feld bis 59 Jahre führen.

**Tabelle 4: Wahlverhalten nach Alter**

	CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	AfD	FDP	Sonstige
<b>Alter</b>							
18-24 J.	12 -15	8 -12	34 +16	8 0	5 -3	8 +5	25 +9
25-34 J.	18 -11	10 -9	25 +9	7 -1	11 +3	6 +3	24 +7
35-44 J.	23 -10	11 -11	24 +9	5 -2	13 +5	6 +2	18 +7
45-59 J.	26 -5	14 -14	24 +10	5 -3	13 +6	5 +2	12 +3
60+	41 -1	22 -10	13 +8	5 -2	9 +3	5 +1	6 +2

Angaben in Prozent; Grün: Differenzen zu 2014 in Prozentpunkten; Quelle: ARD/infratest dimap Exit Poll.

Im Detail lassen sich **vier Gruppen** identifizieren, bei denen die Wahlentscheidung und das Alter auf eine entsprechende inhaltliche Politisierung schließen lassen: Die Jung- und Erstwähler/innen der (vormals) kleineren Parteien stehen einer im Wahlverhalten konservativen Generation 60+ gegenüber, während in den mittleren Altersgruppen die Verbündeten dieser jungen Generation in der relativen Mehrheit sind und den dort überdurchschnittlich starken rechten Parteien gegenüberstehen. Inwiefern sich diese Konstellation zu einer nachhaltigen Konfliktlinie entwickelt bleibt abzuwarten. Zunächst sind es die **Jung- und Erstwähler/innen** (18-24 Jahre), die sich von den ehemaligen Volksparteien abwenden – vor allem von der CDU (12 Prozent, -15 Prozentpunkte) aber auch von der SPD (8 Prozent, -12 Prozentpunkte). Gleichzeitig wählen sie stark unterdurchschnittlich die AfD (5 Prozent, -3 Prozentpunkte). Bevorzugte Partei der Jung- und Erstwähler/innen sind die Grünen (34 Prozent, +16 Prozentpunkte). Überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen zudem Linke (8 Prozent; unverändert) und FDP (8 Prozent; +5 Prozentpunkte) in dieser Altersgruppe, ebenso die Kleinstparteien. Als Gegenpol lässt sich die **Generation 60+** ausmachen, die stark überdurchschnittlich den ehemaligen Volksparteien verhaftet bleibt. So wählen hier nach wie vor 41 Prozent die Union, nur ein leichter Rückgang zur letzten Wahl (-1 Prozentpunkt). Schon in der Altersgruppe darunter (45-59 Jahre) entfallen nur noch 26% der Stimmen auf die Union. Die SPD verliert auch in der Gruppe 60+ stark (-10 Prozentpunkte), erreicht jedoch immer noch 22 Prozent, ganze acht Prozentpunkte mehr als in der Altersgruppe darunter. Die Grünen erreichen hier mit nur 13 Prozent ihren niedrigsten Wert nach Altersgruppen, konnten jedoch 8 Prozentpunkte im Vergleich zur letzten Wahl zulegen – was mit Blick auf die absolute Größe dieser Teilgruppe nicht zu unterschätzen ist. Die AfD wird hier ebenfalls unterdurchschnittlich oft gewählt (9 Prozent), konnte jedoch ebenfalls leicht zulegen (+3 Prozentpunkte). In den **mittleren Altersgruppen** lassen sich zwei weitere polarisierte Gruppen ausmachen: Zum einen ist dies eine breite Mehr-

heit an Grünen-Wähler/innen (zwischen 24-25 Prozent), die gleichmäßig Zugewinne verbuchen konnte (+9 bis +10 Prozentpunkte). Zum anderen finden sich hier als Gegenpol überdurchschnittlich viele AfD-Wähler/innen (zwischen 11 und 13 Prozent), hier konnte die Partei auch ihre stärksten Zugewinne verbuchen (+3 bis +6 Prozentpunkte).

Unterschiede im **Wahlverhalten von Männern und Frauen** sind besonders zwischen Grünen-Anhänger/innen und AfD-Anhänger/innen zu finden und spiegeln vorpolitische Dynamiken und informelle Beteiligungsmuster wider. Die überdurchschnittliche Beteiligung von Frauen in der Unterstützung von Geflüchteten seit 2015, aber auch in den Fridays-for-future-Demonstrationen einerseits, sowie die durchschnittlich stärkere Neigung von Männern zu rechten und autoritären Einstellungen andererseits setzen sich in den Wahlentscheidungen fort. So wählten 24 Prozent der Frauen die Grünen und nur 18 Prozent der Männer. Dieser Unterschied hat sich seit der letzten Wahl durch einen Zuwachs von 12 Prozentpunkten für den Stimmenanteil unter Frauen bei einem geringeren Zuwachs (9 Prozentpunkte) für den Stimmenanteil unter Männern noch verstärkt. Diese Differenz findet sich faktisch spiegelbildlich in der AfD-Wählerschaft: 13 Prozent der Männer stimmten für diese Partei, und nur 8 Prozent der Frauen. Gleichzeitig nahm der Anteil unter den Frauen im Vergleich zur letzten Wahl um 3 Prozentpunkte zu (Männer: +4).

Wenig Veränderungen gibt es im Kern beim **bildungsspezifischen Wahlverhalten**. Union und SPD reüssieren vor allem bei Wähler/innen mit mittlerer und niedriger Bildung, wobei – mit Blick auf die Verluste – einige Besonderheiten auffallen. Während die SPD über alle Bildungsstufen gleichmäßig verliert (zwischen 11 und 12 Prozentpunkten, bei prozentualer Betrachtung ergibt sich demnach ein etwas stärkerer Rückgang bei höher Gebildeten), bleibt die Zustimmung zur Union in der Gruppe der weniger Gebildeten nahezu stabil bei 40 Prozent (-1 Prozentpunkt), während sie bei den mittel (-8 Prozentpunkte) und hoch (-7 Prozentpunkte auf 23 Prozent) Gebildeten Stimmen verliert. Bei den Grünen zeigt sich ein umgekehrter Zusammenhang, hier beträgt der Anteil unter den hoch Gebildeten 30 Prozent (+13 Prozentpunkte). Allerdings werden die Grünen nunmehr auch bei mittel (+8 Prozentpunkte) und formal weniger Gebildeten (+5 Prozentpunkte) stärker gewählt, wenn sie insgesamt in dieser Gruppe auf einem niedrigeren Niveau von 15 bzw. 9 Prozent verbleiben. Linke und FDP schneiden ebenfalls bei den formal eher Gebildeten besser ab. Der Anteil der AfD-Wähler unter den hoch Gebildeten blieb konstant bei 7 Prozent, während er unter den mittel und weniger Gebildeten von einem ähnlichen Niveau um jeweils 7 Prozentpunkte auf 15 bzw. 13 Prozent zunahm. Die Zugewinne für das Angebot der AfD bei dieser Wahl gingen somit vor allem von mittel und niedrig Gebildeten aus.

Betrachtet man das **Wahlverhalten in den verschiedenen Berufsgruppen**, so zeigen sich u.a. bei den **Arbeitslosen** Veränderungen – einer zwar gegenwärtig quantitativ eher kleinen, in ihrer Bedeutung gleichwohl wichtigen Gruppe. Die wichtigste Partei in dieser Gruppe ist die AfD, die hier von 21 Prozent gewählt wird (+16 Prozentpunkte), was auch den Rückgang des entsprechenden Anteils der Linkspartei erklären dürfte (-3 Prozentpunkte auf 13 Prozent). Überraschend stark sind aber auch die Grünen in dieser Gruppe vertreten, hier werden sie zu 17 Prozent (+6 Prozentpunkte) gewählt. Etwas weniger stark in dieser Gruppe sind Union (14 Prozent; -7 Prozentpunkte) und SPD (14 Prozent; -14 Prozentpunkte). In der Gruppe der **Rentner/innen**, wie schon an der Altersanalyse erkennbar, sind Union und SPD stark (41 bzw. 23 Prozent), wobei die SPD im Gegensatz zur Union hier ebenfalls starke Verluste verzeichnet (-12 Prozentpunkte), die Grünen hingegen deutlich Zugewinne (11 Prozent; +6 Prozentpunkte). Die nationalen rentenpolitischen Debatten im Vorfeld der Wahl haben also weder der Union, vor allem aber auch nicht der SPD geholfen. Überraschende Befunde finden sich auch in den übrigen Gruppen. Unter den **Selbständigen** verliert die Union (9 Prozent; -12 Prozentpunkte), es profitieren vor allem die Grünen (25 Prozent; +10 Prozentpunkte), die nun auch in dieser

Gruppe stärkste Kraft sind. Aber auch FDP (12 Prozent; +3 Prozentpunkte) und AfD (12 Prozent; +4 Prozentpunkte) gewinnen leicht hinzu. Die AfD gewinnt zudem besonders deutlich in der Gruppe der **Arbeiter/innen** (23 Prozent; +13 Prozentpunkte) und liegt damit auf ähnlichem Niveau wie die CDU (24 Prozent; -8 Prozentpunkte). Mit Abstand folgen die Grünen (14 Prozent; +7 Prozentpunkte), die nun mit der SPD faktisch gleichziehen (15 Prozent; -11 Prozentpunkte).

Abschließend bleibt ein Blick auf die **subjektive Zufriedenheit mit der persönlichen wirtschaftlichen Lage**. Vor allem Union (30 zu 18 Prozent) und FDP (6 zu 3 Prozent) haben stärkere Zustimmung unter den wirtschaftlich Zufriedenen als unter den wirtschaftlich Unzufriedenen gefunden. Die FDP konnte ihre jeweiligen Anteile dabei leicht ausbauen, während die Union in beiden Gruppen Anteile einbüßte (jeweils -7 Prozentpunkte). Neu in dieser Konstellation sind die Grünen, die von gleichen Anteilen unter den Zufriedenen wie Unzufriedenen bei der letzten Wahl unterschiedlich stark zugelegt haben (+11 und +6 Prozentpunkte) und somit ebenfalls mittlerweile stärkere Anteile unter den Zufriedenen haben. Umgekehrt hat die SPD ungleiche Verluste in beiden Gruppen (-13 Prozentpunkte bei den Zufriedenen und -9 Prozentpunkte bei den Unzufriedenen) erlitten und erlangt somit bei dieser Wahl ähnliche Anteile in beiden Gruppen (15 bzw. 17 Prozent). Tendenziell größere Anteile unter den Unzufriedenen haben Linke und AfD, wobei die Linke asymmetrisch verliert (-6 Prozentpunkte auf 9 Prozent unter den Unzufriedenen bei einem gleichzeitigen Verlust von 1 Prozentpunkt auf 5 Prozent unter den Zufriedenen). Bei der AfD lassen sich die übergreifenden Stimmengewinne bei gleichzeitigen Verlusten sowohl unter Zufriedenen (-1 Prozentpunkt auf 10 Prozent) als auch Unzufriedenen (-6 Prozentpunkte auf 19 Prozent) so interpretieren, dass vor allem über die eigene wirtschaftliche Lage Unentschiedene zur Partei gewechselt sind.

#### 4.3 Regionale Befunde

Die regionalen Unterschiede zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern sind bei dieser Wahl augenfällig. Als gegenüberliegende Pole zwischen **Ost und West** lassen sich Union und Grüne auf der einen sowie Linke und AfD auf der anderen Seite ausmachen. **Linke und AfD** sind in allen ostdeutschen Bundesländern erfolgreicher als in Westdeutschland (AfD: 19,6 zu 8,8 Prozent; Linke: 12,7 zu 3,7 Prozent; hier und nachfolgend: infratest dimap). Die Linke verliert zwar im Osten deutlich (-6,7 Prozentpunkte), im Westen bleibt sie hingegen auf niedrigem Niveau vergleichsweise stabil (-0,6 Prozentpunkte). Im Vergleich zur letzten Europawahl legt die AfD im Osten um 11,3 Prozentpunkte zu, im Westen hingegen nur um 2,1 Prozentpunkte. Der AfD gelingt dabei lokal eine asymmetrische Mobilisierung, vor allem in Sachsen. Hier weisen einige Gegenden mit einer überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung auch einen klaren Wahlsieg der AfD aus (bspw. Sächsische Schweiz/Ostgebirge, nur hier: ZDF/Bundeswahlleiter). In einigen Teilen Thüringens und Brandenburgs deuten sich ähnliche Entwicklungen an, was gerade mit Blick auf die Landtagswahlen im Herbst noch genauer zu untersuchen sein wird.

**CDU/CSU und Grüne** wiederum sind in Westdeutschland durchweg erfolgreicher (30,8 zu 21,1 Prozent sowie 22,2 zu 13,8 Prozent). Für die Grünen ergibt sich das exakte Spiegelbild zur AfD, sie erreichten in den fünf ostdeutschen Bundesländern ihre niedrigsten Ergebnisse, lediglich in den urbanen Regionen erzielen sie sehr gute Ergebnisse. Die Zugewinne der Grünen waren im Osten nur knapp halb so groß wie im Westen (5,7 zu 10,9 Prozentpunkte), auch wenn sich dieser Unterschied bei einer prozentualen Betrachtung deutlich verringert. Dazu kommt, auch dies ein Erfolg für die Grünen: Sie liegen in allen Bundesländern, auch im Osten, deutlich über der Fünf-Prozent-Marke und damit bundesweit verankert (von Hamburg, 31,2



Prozent bis Thüringen, 8,6 Prozent). Für die Union teilen sich die ostdeutschen Länder zusammen mit den Stadtstaaten die acht niedrigsten Ergebnisse im Ländervergleich, wobei die Stimmanteile in diesen Regionen bei unter 25 Prozent liegen. Die Verluste im Vergleich zur letzten Europawahl fielen für die Union im Osten um 2,2 Prozentpunkte stärker aus als im Westen.

Weitaus interessanter als eine reine Ost-West-Betrachtung ist aber eine **Differenzierung nach Bevölkerungsdichte**. Während die Wahlbeteiligung diesbezüglich nahezu identisch ist (zwischen 59,6 Prozent und 62,3 Prozent), unterscheiden sich die Parteiergebnisse deutlicher. Dies zeigt: Generalisierende Ost-West-Vergleiche greifen zu kurz, stattdessen sollten inhaltliche und strukturelle Komponenten der Wahlentscheidungen berücksichtigt werden. Und auch wenn die Bevölkerungsdichte nicht zwangsläufig die strukturelle oder ökonomische Stärke einer Region misst, ist sie zumindest eine gute Ergänzung zur Betrachtung allein nach Bundesländern. Dabei zeigt sich: Die Stimmenanteile für **Union und AfD** steigen jeweils stetig mit abnehmender Bevölkerungsdichte von 19,8 Prozent auf 33,4 Prozent bzw. von 8,9 Prozent auf 13,9 Prozent zwischen Metropolen und gering besiedelten Kreisen, was erneut das unterdurchschnittliche Abschneiden der CDU in den Stadtstaaten illustriert und die relative Stärke beider **Parteien auf dem Land und in mitteldichten Städten** zeigt. Für die **Grünen** steigt im Gegensatz das Wahlergebnis in Bezug zur Bevölkerungsdichte stetig an, von 13,5 Prozent im ländlichen Raum bis hin zu 27,5 Prozent in den Metropolen. Auffällig ist zudem der Erfolg der Grünen in den ostdeutschen Mittel- und Großstädten sowie im Brandenburger Umland rund um Berlin. Bemerkenswert ist aber – trotz des insgesamt niedrigeren Niveaus, dass die Grünen keineswegs mehr nur in den urbanen Ballungszentren gewählt werden, sondern auch im ländlichen Raum zweistellige Ergebnisse erzielen – was gerade mit Blick auf die zeitgleich stattfindenden Kommunalwahlen von Relevanz sein dürfte). Herauszustellen ist zudem noch die **Linke**, für die sich ein polarisiertes Bild ergibt: Sie ist sowohl in Metropolen als auch auf dem Land erfolgreicher als in mitteldichten Städten, wobei sich die Wählerschaft ebenso wie die parteilichen Wettbewerber in diesen Regionen durchaus unterscheiden dürften.

## Der Autor

**Dr. Sebastian Bukow** ist Referent für Politik- und Parteienforschung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind insbesondere Parteiorganisations-, Parteiensystem- und Parlamentsforschung. Darüber hinaus ist Sebastian Bukow u.a. als Sprecher des AK Parteienforschung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft engagiert sowie Research Fellow am Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung Düsseldorf.

## Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Kontakt: Referat Politik- und Parteienforschung, Dr. Sebastian Bukow **E** [bukow@boell.de](mailto:bukow@boell.de)

Erscheinungsort: [www.boell.de](http://www.boell.de)

DOI: <https://doi.org/10.25530/03552.16>

Erscheinungsdatum: Mai 2019

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Verfügbare Ausgaben unter: [www.boell.de/de/boellbrief](http://www.boell.de/de/boellbrief)

Abonnement (per E-Mail) unter: [boell.de/news](http://boell.de/news)

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.